

Korporatismus im Parteienstaat

Podiumsdiskussion prägte den Tag der Freien Berufe

Die beratende Funktion der Verbände wird für Parlamente und Regierungen immer wichtiger. Zusätzlich übernehmen große Organisationen eine bedeutende Mittlerfunktion für die Politik. Diese Thesen vertrat Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, beim Tag der Freien Berufe Mitte Juli in München. An der Podiumsdiskussion beteiligten sich Politiker aller im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien.

In ihrem Impulsreferat wies Münch auf Probleme von Großorganisationen in Zeiten direkter Demokratie hin. So stelle sich die Frage, warum es überhaupt der Verbände bedürfe, um politische Forderungen zu artikulieren. „Sind die Strukturen solcher Organisationen nicht anachronistisch?“, fragte sie. Daran anschließend laute die Frage, ob die Beschleunigung des politischen Prozesses in der Mediendemokratie nicht ganz neue Anforderungen an das Profil der Verbände stellen würde. Münch verwies auf vielfältige, zum Teil von der Industrie unterstützte Initiativen, die versuchen, auf den Meinungsbildungsprozess Einfluss zu neh-

men. Dennoch verfügen die Freien Berufe nach Ansicht von Münch über ein Alleinstellungsmerkmal: „Die besondere Chance liegt in ihrem Gemeinwohlbezug. Den müssen Sie stärker herausstellen.“ Der enge Bezug zu Praxis und Lebenswirklichkeit sowie große Berufsnähe sprächen ebenso für das politische Profil der Freien Berufe und untermauerten den Anspruch, gehört zu werden. „Außerdem kümmern Sie sich um die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft und sind daher ein kompetenter Gesprächspartner“, sagte die Referentin.

Identifikation schaffen

Münch sprach klare Empfehlungen zur Neupositionierung von Kammern und Verbänden aus. Die „Trägheit der Apparate“ müsse an die gesellschaftliche und politische Dynamik angepasst werden. Themen sollten durchaus auch personalisiert werden, um Identifikation zu schaffen. Außerdem forderte sie eine „gegenseitige Wertschätzung“ zwischen politischen Akteuren und Vertretern der Freien Berufe.



Fotos: VFB

Über die Neupositionierung von Kammern und Verbänden diskutierten beim Tag der Freien Berufe (v.l.): Alfred Sauter (CSU), Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen), Moderator Peter Knüpper, Dr. Simone Strohmayr (SPD) und Prof. Dr. Michael Piazzolo (Freie Wähler)



Dr. Fritz-Eckhard Kempfer, Präsident des VFB, forderte die Politik auf, die Arbeit der Freien Berufe nicht unnötig zu erschweren.



Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, gab den Verbandsvertretern Tipps für die Außendarstellung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die der Hauptgeschäftsführer der BLZK, Rechtsanwalt Peter Knüpper, moderierte, griff der ehemalige Bayerische Staatsminister der Justiz, Alfred Sauter (CSU), diesen Aspekt auf. Das Beispiel des Bayerischen Senats zeige, was geschehen könne, wenn Strukturen nicht kritisch hinterfragt werden. Sauter forderte auch, die Dienstleistungen der Kammern und Verbände stärker in den Vordergrund zu rücken: „Sie müssen insbesondere Ihren Mitgliedern den Mehrwert Ihrer Organisation vermitteln.“

Jüngere im Fokus

In dieselbe Richtung ging das Statement der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Margarete Bause: „Sie müssen gerade Ihre jüngeren Mitglieder gewinnen, um Ihre Organisationen an deren Anforderungen auszurichten.“

Rechtsanwältin Dr. Simone Strohmayer sprach sich als Vertreterin der SPD-Fraktion für eine starke Vernetzung der Freien Berufe untereinander und einen intensiveren Dialog mit Abgeordneten und Regierungsvertretern aus.

Alternativlose Kammern

Prof. Dr. Michael Piazzolo (Freie Wähler) sieht auch in Zeiten direkter Demokratie keine Alternative zu den Berufskammern. Piazzolo ging auf den Hinweis von Moderator Peter Knüpper ein, wonach die Selbstverwaltung dem Ordnungsprinzip der Subsidiarität entspreche und damit auch einen Gegenentwurf zur Überbürokratisierung der Staatsverwaltung bilde. Der Landtagsabgeordnete der Freien Wähler gab ein klares Bekenntnis zur Selbstverwaltung der Kammern ab, die insbesondere im Bereich der Aus- und Fortbildung ganz wesentliche

Aufgaben der Zukunftssicherung übernehmen. Im Zusammenhang mit der Kritik am Korporatismus, hier insbesondere im Gesundheitswesen, forderte der Moderator von der Politik, die Selbstverwaltung nicht zu überfordern. Insbesondere die Verlagerung von Verteilungskonflikten durch den Sozialgesetzgeber auf die Selbstverwaltung richte großen Schaden an.

Forderungen an die Politik

In seinem Schlusswort mahnte der Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern (VFB), Dr. Fritz-Eckhard Kempfer: „Mit unseren Gebührenordnungen, unserem Recht auf Beschlagnahmefreiheit, unserer Pflicht zur Verschwiegenheit und nicht zuletzt unserem Recht auf Selbstverwaltung stehen wir Freien Berufe mit unseren Core Values im nationalen und europäischen Fokus. Da ist es zum einen zwingend notwendig, sich mit kooperativen Handlungsmustern zu befassen. Zum anderen ist aber auch die Politik gefordert, unsere Strukturen, unsere Positionen, unsere Arbeit, zum Beispiel in den Bereichen Fortbildung und Qualitätssicherung, nicht durch unnötige gesetzgeberische Aktivitäten zu erschweren.“

Dem VFB gehören etwa 40 Organisationen an. Dazu zählen die Verbände der ärztlichen Heil- und Gesundheitsberufe, der rechts- und steuerberatenden Berufe wie auch die Organisationen der Architekten und Ingenieure sowie die Bildenden Künstler. Der Verband vertritt etwa 180 000 Mitglieder. Für die Interessen der bayerischen Zahnärzteschaft setzt sich im VFB-Präsidium der Bernauer Zahnarzt Michael Schwarz, Referent Freie Berufe und Mittelstand/Europa der BLZK, ein.